

presse

Bundesregierung ignoriert Probleme am Ausbildungsmarkt

Zur Veröffentlichung der Bilanz des Ausbildungspaktes erklärt der zuständige Berichtserstatter der SPD-Bundestagsfraktion Willi Brase:

Wir begrüßen sehr, dass die Zahl der Ausbildungsstellen gestiegen ist und dieser Anstieg auf eine Zunahme der betrieblichen Lehrstellen zurückzuführen ist. Viele Unternehmen sorgen vor und wollen dem prognostizierten Fachkräftemangel durch mehr Ausbildung begegnen. Der Beitrag der Bundesregierung allerdings fehlt, wenn man bei dieser Bilanz einen genaueren Blick riskiert, erklärt Willi Brase.

Wir begrüßen sehr, dass bis zum September 2011 die Zahl der Ausbildungsstellen auf 519.600 gestiegen ist und dieser Anstieg auf eine Zunahme der betrieblichen Lehrstellen zurückzuführen ist. Viele Unternehmen sorgen vor und wollen dem prognostizierten Fachkräftemangel durch mehr Ausbildung begegnen.

Der Beitrag der Bundesregierung allerdings fehlt, wenn man bei dieser Bilanz einen genaueren Blick riskiert. Weiterhin hängen Tausende von Jugendlichen in den Warteschleifen des so genannten Übergangssystems fest. Das sind junge Menschen, die gerne eine duale Berufsausbildung absolvieren wollen und die wir dringend für den Arbeitsmarkt ausbilden müssen. Diesen Jugendlichen muss endlich eine angemessene Lebens- und Arbeitsperspektive eröffnet werden.

Dass hier Handlungsbedarf besteht, ist seit vielen Jahren bekannt - allein die Bundesregierung tritt auf der Stelle. Auf ihrer so genannten Sparklausur im Kanzleramt im Juni 2010 hatte die Bundesregierung erst einmal eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu den Warteschleifen und zur Ausbildungsförderung beschlossen. Diese sollte vor allem zur Reform der

arbeitsmarktpolitischen Instrumente Vorschläge liefern. Mittlerweile sind die Instrumente reformiert, die Arbeitsgruppe aber tagt immer noch. Wann hier mit einem Ergebnis zu rechnen ist, steht in den Sternen. Somit bleibt wieder ein Punkt des Koalitionsvertrages, den die Bundesregierung auf die lange Bank schiebt.

Dabei hatte unter SPD-Bundesarbeitsministerminister Olaf Scholz der Bund gemeinsam mit den Ländern in der Qualifizierungsinitiative bereits 2008 die entsprechenden Weichen gestellt. Allein deren konsequente Umsetzung hätte die Jugendlichen ein großes Stück weitergebracht.

Eine weitere Baustelle ist die Tatsache, dass außerdem 1,5 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren ohne Berufsabschluss sind. Auch hier bleibt die Bundesregierung bisher die Antwort schuldig, wie sie angesichts der demographischen Entwicklung und dem prognostizierten Fachkräftemangel diese jungen Menschen qualifizieren möchte und ihnen eine zukunftssichernde Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnen will.